



Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 23. Dezember 1887.

Nr. 599.

Deutschland.

Berlin, 22. Dezember. Am heutigen Vormittag ließ der Kaiser vom Ober-Hof- und Hausmarschall Grafen Berponger sich Vortrag halten, nahm darauf die persönlichen Meldungen einiger Generale und anderer hoher Offiziere entgegen und hatte demnach eine Konferenz mit dem Kriegeminister General-Lieutenant Bronsart von Schellendorf. Nachmittags arbeitete Sr. Majestät dann noch längere Zeit mit dem Abtheilungschef im Militär-Kabinet, Oberst und Flügel-Adjutant v. Brauchitsch, welcher den General v. Albedyll, den Chef des Militärkabinetts, vertrat, und empfing auch noch den Premierlieutenant im 1. hannoverschen Ulanenregiment Nr. 13 v. Seyden-Linden. Das Diner nahmen die Majestäten heute Nachmittag allein ein.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt: „In den ersten Gegenständen, welche nach Neujahr zur Verhandlung im Reichstage kommen, wird der konservativ-nationalliberale Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode gehören. Die Agitation gegen diesen Antrag ist im Lande auf einen ziemlich unfruchtbaren Boden gefallen; eine Bewegung dagegen zu erzeugen, welche Eindruck hätte machen können, ist durchaus nicht gelungen. Im Gegenteil haben die bei Einbringung jenes Antrages maßgebend gewesenen Erwägungen mehr und mehr Anerkennung im Volke gefunden, und das wird noch mehr der Fall sein, wenn erst einmal das Gesetz in Wirklichkeit getreten sein wird. An der Annahme des Antrages durch den Reichstag und sodann auch durch den Bundesrat ist nicht zu zweifeln. Als bald nach Eröffnung der Landtags-Sesslon wird der entsprechende Antrag auch für Preußen gestellt werden. Die im nächsten Herbst bevorstehenden Landtagswahlen würden alsdann schon für eine 5jährige Gesetzgebungs-Periode Günstigkeit haben.“

Der erste Präsident der bayerischen Abgeordnetenversammlung, Freiherr von Do, wird am 6. Januar sein 70. Geburtstfest und sein 25-jähriges Jubiläum als Mitglied der Abgeordnetenversammlung feiern.

Unter dem zwingendem Eindruck, den das einstimmige, bereitwillige Eingehen des Reichstages auf die Militärvorlage allenthalben gemacht hat, sind auch die radikalen und ultramontanen Blätter, die anfangs nichts als Seufzen und Beflagen hatten, von dieser Tonart abgekommen, schiden sich vielmehr allmählich in die Vorlage und finden nur an einzelnen Bestimmungen allerlei auszusetzen und zu bessern. Solchen Vorschlägen, soweit sie den militärischen Werth des Gesetzes nicht erheblich beeinträchtigen würden, dürfte sich die Heeresverwaltung gewiß nicht verschließen und darum war die Verweisung der Vorlage an eine Kommission der richtige Weg, um zu einem gewissen Ziele zu gelangen. Der Gesetzentwurf enthält, wie allseitig zugestanden wird, einige Unklarheiten — namentlich was die Stellung der in der Musterung für untauglich erklärten Männer betrifft — und auch einige Ungerechtigkeiten, indem die Männer, welche freiwillig oder zwangsweise in frühem Alter zur Fahne treten, eine längere Militärdienstzeit haben, als diejenigen, die später eintreten. Es wird also zu erwägen bleiben, ob man statt der Altersgrenze nicht passender die bestimmte Anzahl von Jahren nach Eintritt zum Heere als dienstpflichtig aufstellen sollte. Die Erfahrungsjahre, welche die Septennatsgegner im Zentrum und auf der Linken bei den vorigen Wahlen gemacht haben, sind nicht wirkungslos geblieben; an militärischen Dingen will sich, wie es scheint, selbst Herr Eugen Richter die Finger nicht wieder verbrennen. Auch das ist eine erfreuliche Nachwirkung der Septennatswahlbewegung.

Unbeglaubigte Zeitungs-Meldungen über den Zustand des Kronprinzen liegen auch heute wieder mehrfach vor, mit der gleichen Bestimmtheit wird von den Einen versichert, die Diagnose auf Krebs sei gerade durch die neuesten Erscheinungen völlig außer Zweifel gestellt, und von den Anderen, sie sei erkrankt oder als unrichtig erwiesen. Die „Nat.-Ztg.“ hält es nach wie vor für allein angemessen, die Leser mit solchen Widersprüchen zu verschonen. Dagegen hat eine Meinungsäußerung Professor Virchow's über diese Angelegenheit selbstverständlich immer Anspruch auf

Beachtung. Die „Freis. Ztg.“ erklärt, sie könne bestätigen, was über Herrn Virchow's Auffassung in der nachfolgenden Korrespondenz der „Magdeb. Ztg.“ mitgeteilt wird:

„Ein gewichtiges Urtheil ist aufgetaucht und zwar dahin lautend: der bisherige Gang des Leidens läßt der Annahme Raum, völlig geheilt werde der Hals vielleicht niemals, aber bei regulär fortgesetzter Behandlung, wie der gegenwärtigen, werde die eigentliche Gefahr auf ein Minimum sich verringern und der Kronprinz in der Lage sein, allen an ihn heranretenden Pflichten zu genügen, die ihm nicht geradezu körperliche Anstrengungen auferlegen. Wird er gehalten sein, sich als Patienten sein Leiden anzusehen, so wird ihn sein Zustand befähigen, nach heftigem noch längerer Zeit des kaiserlichen Vaters Mühen und Würden auf sich zu nehmen. Selbst die wissenschaftlich pessimistische Diagnose hat nicht daran denken können und mögen, dem hohen Patienten ein Leben auf Jahre hinaus abzusprechen und soviel Grund vorliegt, das Gutachten dieser Autoritäten zu respektiren, genau soviel Grund ist vorhanden, der gegnerischen Ansicht zu vertrauen, die ein recht leidliches Aufkommen des Kranken erhofft. Es darf als recht erfreulich angesehen werden, daß Rudolf Virchow der Zahl der Hoffenden zugehört. Er hat wiederholt die apodiktische Kritik der gelehrten Chirurgie scharf angegriffen und auf Erscheinungen in der Krankheit des Kronprinzen hingewiesen, die das unläugbare Vorhandensein einer unheilbaren Geschwulst in Abrede stellen.“

Der „Nat.-Ztg.“ ist folgendes Telegramm zugegangen:

Mailand, 22. Dezember. Der Botschafter Graf Solms, welcher gestern aus San Remo nach Rom zurückkehrte, überbrachte dem König die beruhigendsten Nachrichten über das Fortschreiten des Kronprinzen. Graf Launay, der auf der Rückreise von Rom nach Berlin ist, begibt sich zunächst nach San Remo.

Der Hofmarschall des Kronprinzen, Graf Kadoinski, trifft aus San Remo am 23. d. M. in Geschäften in Berlin ein, während zu seiner Stellvertretung der Major Freiherr von Lyncker am 26. d. Mts. nach San Remo abreisen wird.

Gestern Abend wurde in San Remo die Erbprinzessin Isabella von Spanien erwartet.

Hung-Suen, der neue chinesische Gesandte und außerordentlich bevollmächtigte Minister bei den Höfen von Berlin, Petersburg, Wien und dem Haag, ist nach Angabe eines Berichtes ein „herausragendste Chineser, der jemals europäischen Boden betreten“ hat und der, ohne zur Amtstätigkeit im fernem Auslande gezwungen werden zu können, sich so zu sagen „in die Verbannung“ schicken läßt, um hier Verhältnisse und Staatseinrichtungen zur späteren Verbesserung in der chinesischen Heimath zu studiren. Hung-Suen ist im Jahre 1839 geboren. Seine Familie stammt aus Weifschau in der Provinz Kwantung, von wo dieselbe nach Sutschan, dem „Paris Chinas“, übersiedelte, in welcher sein Vater Mandarin war. Im Jahre 1857 erhielt Hung-Suen den ersten literarischen Grad eines „Scutjai“ (Präzepturgrad) und 1866 den höchsten Grad eines „Haulin“ (Balasgrad) unter gleichzeitiger Zuerkennung des Ranges eines „Tschuang-Yuen“, welcher die denkbar höchste Auszeichnung ist, die ein chinesischer Beamter erreichen kann. Diese „Tschuang Yuen“ bilden den höchsten Geistesadel in China. Zu jeder Zeit ist denselben der Zutritt zum Kaiser gestattet, welcher sie empfangen muß. 1868 wurde Hung-Suen zum kaiserlichen Studienkommissarius für die Provinz Hupel ernannt. 1875 wurde ihm der Auftrag zu Theil, zur Verwahrung in den kaiserlichen Archiven für spätere Geschichtsschreibung die Biographie des im Januar desselben Jahres verstorbenen Kaisers Luna Tschih zu schreiben, eine Gelehrtenarbeit, die auch das höchste Vertrauen seitens der kaiserlichen Familie in sich schließt. 1880 wurde er wieder zum Studienkommissarius für die Provinz Kiangsi ernannt. Sein eigentliches gegenwärtiges Amt ist das eines Vizepräsidenten (Unterstaatssekretärs) im „Lipu“, dem Ministerium der Aßen, in Peking, welchem alle Zeremonial- und Kultusangelegenheiten des Reiches unterstellt sind.

Als in der serbischen Skupshtina die mit Bulgarien abgeschlossene Eisenbahnkonvention beraten wurde, erhoben einige Russenfreunde Widerspruch, weil man nur mit einer gesegneten Regierung Verträge abschließen könne, eine solche aber in Bulgarien nicht bestehe. Auf diese Einwände entgegnete Ministerpräsident Niksic, Serbien habe mit der faktischen Regierung Bulgariens verhandelt; die Lösung der Frage bezüglich Bulgariens sei Aufgabe der Berliner Vertragemächte. Das Kabinet halte seit seinem Regierungsantritt an dem Programm fest, mit allen Staaten freundschaftliche Beziehungen im Sinne gegenseitiger Achtung zu pflegen.

Gelegentlich des wieder eingebrachten Antrages Reichensperger auf Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen ist in Zweifel gestellt worden, ob die bayerische Regierung den von dem früheren Justizminister, dem leider so früh verstorbenen Dr. v. Häußle, festgehaltenen Standpunkt der Ablehnung dieser Rückkehr zum alten Verfahren noch theilt. Wie wir vernehmen, ist der Nachfolger des Herrn von Häußle, Freiherr v. Leonrod, in diesem Punkte durchaus der Ueberzeugung seines Amtsvorgängers. Bei den anderen Regierungen hat sich in diesem Betreff nichts geändert.

In Bayern ist eine Bewegung für Einführung einer Klassenlotterie im Entstehen begriffen. Unter Hinweis auf den „großen Nutzen, den die norddeutschen Staaten aus ihren Lotterien ziehen“, petitioniren zahlreiche Bürger aus Schwabach unter lebhafter Agitation im ganzen Lande beim Landtag auf Einführung einer bayerischen Klassenlotterie, „durch welche die Wanderung des bayerischen Kapitals nach Preußen und Sachsen gründlich verhindert werden soll“.

Aus Petersburg wird gemeldet, daß das Projekt der Einführung des Branntwein-Monopols seitens der Regierung endgültig aufgegeben worden sei.

Ueber die angeblichen „politischen Zwecke“ des gegenwärtig auf der Reise nach Petersburg hier weilenden Lord Randolph Churchill wird der „Post. Ztg.“ aus guter Quelle gemeldet:

London, 22. Dezember. Ihr Korrespondent wird von maßgebender Seite unterrichtet, daß Lord Churchill's Reise nach Petersburg keine politische Bedeutung habe und daß er von der Regierung mit keiner politischen Mission betraut sei. Er begibt sich nach Russland nur, um die russischen Verhältnisse an Ort und Stelle zu studiren, und die Ansichten leitender russischer Staatemänner über die mittelasiatische Frage lernen zu lernen, insbesondere da er nach seiner Rückkehr nach England wieder in das Kabinet eintritt, wahrscheinlich als Minister für Indien. Sein Ausflug nach Petersburg sei lediglich eine Studienreise.

Ausland.

Paris, 21. Dezember. Ein Telegramm aus Saint Louis (Senegal) berichtet, daß der Marabout Masmadu-Kamina, der seit mehreren Jahren und zu verschiedenen Malen der französischen Kolonie viel zu schaffen gemacht hat, „das Leben eingeblüht“ habe.

Das Denkmal für Edmond About auf dem Pere Lachaise ist heute enthüllt worden. Jules Ferry hat der Feierlichkeit beigewohnt. Es wurden verschiedenes Neben gehalten, namentlich von Renan, J. Claretin und Francoisque Sarcey.

Am 5. Januar finden die Wahlen für das austretende Drittel des Senates statt. Es ist das die vierte Auffüllung seit Bestand der Verfassung von 1875. Von den 81 austretenden Senatoren sind bloß noch 21 vorhanden, die seit der Gründung des Senates (30. Januar 1876) dem Luxembourg angehört; diese wurden 1878 wiedergewählt und waren 12 Jahre Senatoren; 29 Senatoren kamen 1879 in den Senat und haben im Januar 1888 neun Jahre Sitz und Stimme gehabt. Von den 81 neu zu wählenden Senatoren haben 23 der Deputirtenkammer angehört. Die Republikaner machen sich Hoffnung auf glänzende Siege.

„Le Matin“ bereitet auf die Auslösung der Deputirtenkammer vor, indem er in einer förmlichen Anklageschrift gegen die jetzige Deputirtenkammer zu bedenken giebt, daß es höchste Zeit sei, diese Menschen, die nur an Parteidaher, Minister- und Präsidenschaftskritik dächten und

vollständig verwildert seien, abzutun, zur Auslösung der Kammer zu schreiten und auf alle Gefahren hin mit dieser höchsten Gefahr, der Parlaments-Anarchie, ein Ende zu machen.

Paris, 20. Dezember. Aus den in Form und Inhalt höchst verschiedenartigen Ausführungen der französischen Presse kann man doch immer das eine entnehmen, daß den Franzosen zur Zeit kriegerische Berwickelungen höchst ungeliebt kommen würden und daß man sich zur Zeit durchaus nicht nach einem Waffengange sehnt, selbst wenn er in Gemeinschaft mit Russland angestrebt werden könnte. Fast noch schärfer als in den Auslassungen der Presse tritt diese Stimmung in Privatunterredungen hervor, die man mit Franzosen hat und in denen man fast nie von Kriegsgelüsten etwas bemerkt, wohl aber oft sehr harte Worte gegen Droulade und seinen Anhang zu hören bekommt. Auch Boulanger scheint einseitigen in Vergessenheit geraten, und es fehlt auch nicht an anderen friedlichen Anzeichen, die man mit großer Befriedigung verzeichnen kann und mit noch größerer Verzeihen würde, wenn man in ihre Beständigkeit Vertrauen setzen könnte. Diese augenblickliche Stimmung ist vielen Leuten natürlich nicht recht und sie suchen ihr entgegenzuwirken, wozu u. a. die angebliche Einstellung der Untersuchung gegen den Soldaten Kaufmann benutzt wird. Die boulangistische „Agence Libre“ sucht durch kindische angebliche Enthüllungen, Rochefort durch wüthendes Schimpfen diesen Zweck zu erreichen, aber vergebens bleibt der liebe Müß. Die Stimmung steht eben heute nicht auf Krieg, und selbst den oft recht hinterlistig angelegten Versuchen, Deutschland bei dieser Gelegenheit, liegt wenigstens teilweise ein Können Friedensliebe zu Grunde, da die Franzosen meinen, daß man auf solche Weise Oesterreich russischen Ansprüchen und Wünschen nachgiebiger stimmen und dadurch einen Zusammenstoß vermeiden könne. In anderen Fällen ist es allerdings die reine berufsmäßige Verheißung. Bezeichnet im hohen Grade für das augenblickliche Schlimmere des chauvinistischen Kraters ist auch die Art und Weise, wie die Krankheit unseres Kronprinzen in der französischen Presse besprochen wird. Man findet nicht nur unparteiische und freundliche Artikel in der französischen Presse, sondern solche, die geradezu von warmer Sympathie und Bewunderung zeugen. So in einem heutigen Artikel des „Figaro“, in dem es — den politischen, oft schiefen Theil lasse ich, um seinen Mißklang hineinzubringen, gänzlich beiseite — u. a. heißt:

„... Anders (als bei Kaiser Wilhelm) beim Kronprinzen. In voller Kraft, in vollster Männlichkeit, gerade in der Stunde, wo Deutschland und mit ihm Europa am meisten seine Weisheit und Mäßigkeit gebraucht hätten, ist er von der Krankheit befallen worden, in dem Augenblicke, wo er den Thron bestiegen, die Krone auf sein Haupt setzen und einen historischen Platz in der Geschichte ausfüllen sollte. Alles entgeht ihm auf einmal, die Krone und das Leben. Und er weiß es! Er weiß, daß das Uebel unheilbar scheint und menschlicher Wissenschaft Trost bietet. Er weiß, daß seine Tage gezählt sind — und keine Unruhe, keine Schwäche, keine Kleinheit des Charakters tritt zu Tage. Als diese Kundgebungen des Belleids (die Thronrede, die Adresse des Reichstages), über deren Bedeutung er sich nicht täuschen konnte, haben die erhabene Ruhe seines Gemüths nicht zu fördern vermocht. Unerschütterlich und mit fester Hand antwortet er, „daß sie seinem Herzen sehr wohlgethan haben.“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Dezember. In einer an sämtliche Provinzial-Steuerdirektoren gerichteten Verfügung hat der Finanzminister dieselben ermächtigt, das Inhabern von Branntwein-Reinigungsanstalten gewährte Zugeständnisse, wonach diese Branntwein, von welchem bereits die Verbrauchsabgabe oder die Nachsteuer entrichtet worden ist, in ihre unter steuerlicher Kontrolle stehenden Sowerbsanstalten einzuführen, sowie dort mit unversteuerten, verschiedenen Verbrauchs-Abgaben unterliegendem Branntwein, vermischten und bis zum 1. Januar 1888 eine gleiche Menge Branntwein aus ihren Sowerbsanstalten ohne nochmalige Zahlung der Verbrauchs-Abgabe in den freien Verkehr bringen dürfen, noch auf wei-

